

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

1 | 26

Seite **6**

Debatte über Neue
Gentechnik: Regulierung
oder Marktfreiheit

Seite **10**

Volksantrag geändert:
Landtag stimmt für drei
Tage Qualifizierungszeit

Seite **18**

Gedenkveranstaltung
am 27. Januar erinnert an
»unvollendete Leben«



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 1 | 26

PLENUM

24. Sitzung
Ende alter Gewissheiten
Außenpolitische Grundsatzfragen prägen Debatte im Landtag **4**

24. Sitzung
Kritischer Blick auf Neue Gentechnik
Nach Plänen der EU soll die Kennzeichnungspflicht teilweise wegfallen **6**

Hintergrundinformationen zur Neuen Gentechnik **7**

25. Sitzung
Prävention und härtere Strafen
Debatte über eine angekündigte Reform des Jugendstrafrechts **8**

24. Sitzung
Drei Tage Qualifizierungszeit
Bildungsfreistellung für Beschäftigte kommt ab 2027 **10**

PARLAMENT

Ein Jahr Corona-Aufarbeitung
Enquete-Kommission will Erkenntnisse für künftige Krisen gewinnen **12**

Suche nach Lösung für Altmunition
Anhörung über historische Munitionsreste in Sachsens Wäldern **14**

Aktuelle Gesetzgebung **15**

AKTUELLES

Ein entscheidendes Reformjahr für Sachsen **16**
Zu Beginn des Jahres 2026 ruft Landtagspräsident Alexander Dierks zu Entschlossenheit und größerer Zuversicht auf **16**

TITELBILD:
Schauspielerinnen und Musikerinnen Bente Kahan erinnert am 27. Januar 2026 mit Liedern an die Opfer des Nationalsozialismus
Foto: T. Schlorke

12



14

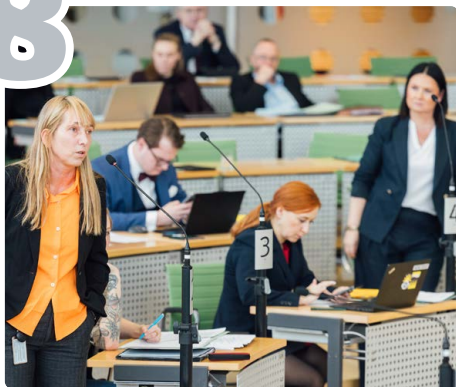


16



18

8



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Niklas Hellfritsch, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 16.02.2026
Gastautoren: Dr. Maria Hofmann (Dresden),
Dr. Friedrich Pollack (Sorbisches Institut Bautzen),
Nadine Rödel, Carlos Teschke (Sächsischer Landtag)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

GEDENKEN

Die Kraft der Musik und der Worte

Gedenkstunde am 27. Januar 2026 verbindet Erinnern und Verantwortung **18**

EIN TAG MIT

»Neues wagen und Gestaltungsspielräume ausreizen«

Ein Tag mit Sandra Gockel, Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus **20**

GESCHICHTE

Sächsische Parlamentarier im Kleinform

Das Fotoalbum des sorbischen Landtagsabgeordneten Handrij Kerk **22**

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit 30 Jahren ist der 27. Januar ein bundesweiter Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Auch im Sächsischen Landtag erinnern wir an diesem Datum seit Langem an die Schicksale von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und aller weiteren Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Die diesjährige Gedenkveranstaltung setzte einen künstlerischen Schwerpunkt. Zu Gast war die polnisch-norwegische Sängerin und Schauspielerinnen Bente Kahan. Mit Musik und Literatur verlieh sie verfeimten jüdischen Künstlerinnen und Künstlern eine hörbare Stimme.

Kunst berührt oft mehr als Worte allein es könnten. Sie öffnet Herzen und schafft eine unmittelbare Verbindung zu Menschen hinter den historischen Ereignissen. In einer Zeit, in der es immer weniger Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Holocaust gibt, gewinnen solche Formen des Erinnerns an Bedeutung. Sie ermöglichen es uns, kommende Generationen zu erreichen und zugleich dem historischen Kern der Erinnerung verpflichtet zu bleiben.

Eine Lesung von Jugendlichen aus Wurzen, die ebenfalls am 27. Januar bei uns im Landtag zu Gast waren, trug genau diesem Anliegen Rechnung. Über mehrere Jahre hinweg haben sie das Buch »SIE WAREN NEUN« aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt. Es erzählt die wahre Geschichte von neun Frauen, die bei einem Todesmarsch durch Sachsen flohen und so ihr Leben retteten. Das Engagement der Jugendlichen, die mit der Übersetzung auf das Schicksal der Frauen aufmerksam machen, finde ich beeindruckend.

Im aktuellen Heft des Landtagskuriers finden Sie sowohl zur Buchlesung als auch zur Gedenkveranstaltung vom 27. Januar weiterführende Informationen. Darüber hinaus berichtet diese Ausgabe wie gewohnt über Aktuelle Debatten, Ausschusssitzungen und Gesetzesabstimmungen im Sächsischen Landtag. Auch die Geschichtsrubrik widmet sich erneut einem spannenden Thema, für das ich Ihnen viel Freude beim Lesen wünsche.

»Kunst berührt oft mehr, als Worte allein es könnten. Sie öffnet Herzen und schafft eine unmittelbare Verbindung zu den Menschen hinter den historischen Ereignissen.«

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Ende alter Gewissheiten

Außenpolitische Grundsatzfragen prägen Debatte im Landtag

BSW: USA als Unsicherheitsfaktor

Nico Rudolph (BSW) erklärte, die USA seien heute kein Schutzgarant mehr, sondern eher ein Verursacher internationaler Unsicherheit. Dies hätten spätestens die Ereignisse zu Beginn dieses Jahres gezeigt. Die USA hätten Venezuela überfallen, das Präsidentenpaar entführt und drohten darüber hinaus Kuba und dem Iran. Entscheidend für eine Neubewertung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses seien jedoch die US-Pläne zur Annexion Grönlands. Käme es dazu, würden sich die USA direkt gegen einen NATO-Partner stellen. Als Konsequenz aus diesem Verhalten

Am 4. Februar 2026 debattierte der Sächsische Landtag über das Thema »Venezuela und Grönland vor Augen: Von Sachsen aus Initiativen an den Bund stellen – US-Bindung aufheben!« Beantragt hatte die Debatte die BSW-Fraktion. Sie war geprägt von kontroversen Einschätzungen zur internationalen Lage.

sollten alle amerikanischen Atombomben von deutschem Boden abgezogen und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen verhindert werden. Ferner brauche es den Neustart eines Dialogs mit Russland, um langfristig Sicherheit in Europa zu schaffen.

CDU: Realitätsfern und wirtschaftlich fatal

Noch nie habe ein Bundesland im Bundesrat eine Initiative gestartet, um die Beziehung

zu einem anderen Staat aufzukündigen, erwiderte Stephan Weinrich (CDU). Man könne die gegenwärtige Außenpolitik von Donald Trump als abstoßend empfinden, dürfe deshalb aber nicht gleich alle Grundsätze der Zusammenarbeit infrage stellen. Würde Deutschland die US-Bindung aufheben, wäre es das isolierteste Land in der Europäischen Union. Es dürfe zudem nicht außer Acht gelassen werden, dass die Vereinigten Staaten der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland seien.

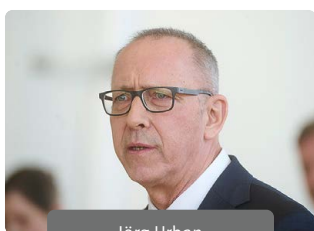
Dies betreffe auch den Freistaat Sachsen, der ein Drittel seiner Wirtschaftsleistung durch Exporte erziele. Frieden entstehe nicht dadurch, dass man Konflikte ignoriere oder weglaufe; es brauche vielmehr die Fähigkeit, unbequeme Partner auszuhalten.

AfD: Nationale Interessen betonen

Jörg Urban (AfD) erklärte, man müsse die neue multipolare Welt akzeptieren. Die Zeit sei vorbei, um an universelle Werte zu glauben, die man in alle Welt tragen könne. Auch könne man nicht mehr behaupten, nur noch von Freunden umgeben zu sein. Stattdessen sei es für Deutsch-



Stephan Weinrich



Jörg Urban



Nico Rudolph

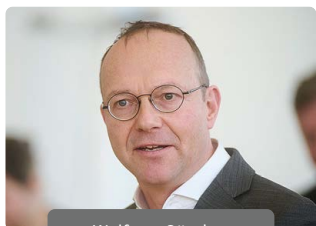


Sophie Koch

land angebracht, die eigenen Interessen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Außenpolitisch bedeute dies, Frieden durch gute Beziehungen zu Russland, den USA sowie den BRICS-Staaten herzustellen. Innenpolitisch sollten eine vernünftige Wirtschafts- und Energiepolitik sowie ein Ende der illegalen Masseneinwanderung im deutschen Interesse liegen. Ziel müsse immer sein, Deutschland wirtschaftlich stark, militärisch verteidigungsfähig und insgesamt unabhängiger zu machen.

SPD: Annäherung an Russland unverantwortlich

Die BSW-Fraktion wolle nicht nur die US-Bindung aufheben, sondern im gleichen Zug die Bindung an Russland stärken, argumentierte Sophie Koch (SPD). Dies sei unverantwortlich, wenn man an die vielen Menschen denke, die in der angegriffenen Ukraine frieren müssten. Jeden Tag sehe man das zerstörerische Ausmaß der russischen Raketen- und Drohnenangriffe auf Kiew und die Energieinfrastruktur in der Ukraine. Die einzig richtige Antwort auf stärker werdende Autokratien sei ein vereintes, starkes Europa. Sachsen könne aus seiner Lage heraus mehr tun, als nur Impulse zu geben. So könne man noch enger mit den direkten Nachbarn Tschechien und Polen in den Bereichen Katastrophenschutz, Arbeitsmarkt und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.



Wolfram Günther

»Die transatlantische Partnerschaft ist kein historisches Relikt.«



Dr. Andreas Handschuh

BÜNDNISGRÜNE: Europa stärken

Venezuela und Grönland seien nicht wirklich Themen, über die der Sächsische Landtag mitzuentcheiden habe, kritisierte Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE). Die Debatte offenbare vielmehr das krude Weltbild des BSW. Deutschland befinde sich in einer Lage, in der Russland Krieg über Europa bringe und mitten in Europa Massenmord begehe. Natürlich schaue er auch besorgt auf die Entwicklungen in den USA. Die aktuelle Regierung trete das Völkerrecht mit Füßen. Dennoch sei dies etwas anderes als das, was durch Russland geschehe. Deutschland müsse auf die internationalen Entwicklungen reagieren und Europa stärken. Außerdem brauche die Volkswirtschaft größere Resilienz, etwa in der Energieversorgung durch erneuerbare Energien.



Susanne Schaper

Die Linke: Regelbasierte Weltordnung verteidigen

Der amerikanische Präsident Donald Trump versetze der ohnehin angeschlagenen regelbasierten Weltordnung gegenwärtig Schlag um Schlag, erklärte Susanne Schaper (Die Linke). Er tue dies für Geld und Macht und versuche, damit von seiner schwachen innenpolitischen Bilanz abzulenken. Die Linke wolle die Vereinten Nationen stärken und demokratisieren, damit Konflikte friedlich und nach den Regeln des Völkerrechts gelöst werden. Da man sich innerhalb der Gesellschaft für die Schwächsten einsetze, werde man dies auch in der Außenpolitik tun. Auch die Europäische Union müsse eigenständiger werden. Dies dürfe aber nicht über Hochrüstung geschehen. Stattdessen sollte die EU als Stimme der Demokratie, des Friedens und der Kooperation wahrgenommen werden.

Nach Ansicht von Matthias Berger (fraktionslos) sei die politische Schwäche der Europäischen Union aktuell das größte Problem in einer multipolaren Welt. Die einzige Lösung liege darin, dass Europa wieder stärker werde.

Staatsregierung: Souveränes Europa

Dr. Andreas Handschuh, Chef der Staatskanzlei und Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, betonte, internationale Beziehungen dürften nicht leichtfertig aufgekündigt werden. Europa könne in der aktuellen Lage für Ausgleich zwischen den verschiedenen Machtinteressen sorgen. Insbesondere die Partnerschaft mit den USA sei kein historisches Relikt, sondern ein strategisches Fundament europäischer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität. Gemeinsame Werte, Geschichte und Interessen verschwänden nicht, nur weil sich die Welt oder ein Präsident verändere. Die sächsische Staatsregierung setze sich für eine starke Partnerschaft ohne Abhängigkeit ein. Europa müsse seine eigenen Interessen und Stärken erkennen. Dazu gehöre ein attraktiver, innovativer Binnenmarkt.

// Dr. Daniel Thieme



Neuer Abgeordneter verpflichtet

ERIC RECKE (BSW) aus Leipzig wurde zu Beginn der Landtagssitzung am 4. Februar 2026 von Landtagspräsident Alexander Dierks im Plenum per Handschlag als neuer Abgeordneter des Sächsischen Landtags verpflichtet. Er folgt auf Sabine Zimmermann, die ihr Mandat am 20. Januar 2026 niedergelegt hatte.



Fotos: S. Floss



Kritischer Blick auf Neue Gentechnik

— Nach Plänen der EU soll die Kennzeichnungspflicht teilweise wegfallen

Am 4. Februar 2026 stand in der 24. Sitzung des Sächsischen Landtags die dritte Aktuelle Debatte unter dem Titel »Standortvorteil oder Standortverlust? – Neue Gentechnik regulieren heißt Märkte und Wahlfreiheit sichern« auf der Tagesordnung. Beantragt hatte sie die BÜNDNISGRÜNE-Fraktion.

EU-Deregulierung

Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) warnte zu Beginn der Debatte vor den Folgen einer Deregulierung. Die EU beabsichtige, die Kennzeichnungspflicht für Neue Gentechnik zu streichen. Verbraucher könnten dann unter Umständen nicht mehr erkennen, ob Produkte Gentechnik enthalten und würden damit ihrer Wahlfreiheit beraubt.

Andreas Heinz (CDU) betonte, dass die landwirtschaftliche Produktion bezahlbare Lebensmittel herstellen müsse, idealerweise bei umfassender Ernährungssicherheit und möglichst geringer Umweltbelastung. Diese hohen Ansprüche ließen sich nur mit den neuesten Methoden und Techniken erfüllen. Die hier diskutierte Gentechnik bewirke nur Veränderungen, die auch auf natürlichem Wege entstehen könnten.

Chancen von Innovation

Jörg Dornau (AfD) wies darauf hin, dass gentechnische Manipulationen bereits seit Jahrzehnten üblich seien, etwa durch die Behandlung von Saatgut mit Gammastrahlen. In nahezu allen Lebensbereichen würden Innovationen akzeptiert, solange sie nützten. Nur bei der Pflanzenzüchtung werde eine willkürliche rote Linie gezogen. Dies sei unlogisch.

Ulf Günter Lange (BSW) warnte hingegen vor den Risiken einer Deregulierung. Sollte das geplante Gesetz das EU-Parlament passieren, könnten ungeprüfte, ungekennzeichnete und praktisch unkontrollierbare Pflanzen angebaut werden. Ohne Rückverfolgbarkeit, Haftung oder echte Kontrolle sei davon insbesondere die gentechnikfreie Züchtung gefährdet.



Risiken für die Umwelt

Simone Lang (SPD) äußerte Skepsis gegenüber gentechnisch veränderten Pflanzen als Lösung für die Folgen des Klimawandels. Trotz intensiver Forschung sei bisher kein marktreifes Produkt für Hitze- oder Dürretoleranz verfügbar. Nützliche Alternativen, beispielsweise intelligente Bewässerungssysteme, stünden bereits zur Verfügung. Wer Gentechnik deregulieren wolle, müsse auch die Haftungsregeln klären.

Stefan Hartmann (Die Linke) ergänzte, es sei naiv zu glauben, der Mensch könne mithilfe gentechnischer Verfahren sicher und vorhersehbar in komplexe Ökosysteme eingreifen. Die neuartigen Pflanzen könnten Bestäuber und Nahrungsnetze negativ beeinflussen und sogar geschützte Tier- und Pflanzenarten gefährden.

Umwelt- und Landwirtschaftsminister Georg-Ludwig von Breitenbuch (CDU) rief dazu auf, die Chancen der Neuen Gentechnik nicht zu scheuen. Sie biete Fortschritte in der Pflanzenzüchtung, und die neue EU-Verordnung stelle einen Kompromiss verschiedener Interessen dar. Das Vorsorgeprinzip bleibe erhalten, da auch zufällig veränderte Pflanzen keine Sicherheitsprüfung durchlaufen würden.

// Dr. Daniel Thieme

Hintergrundinformationen zur Neuen Gentechnik

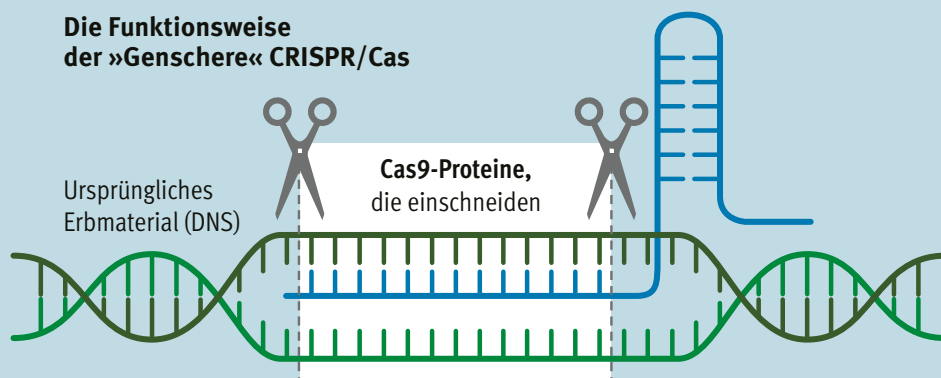
Die sogenannte Neue Gentechnik umfasst mehrere innovative biotechnologische Methoden, die unter anderem zum Zweck von Erbgutveränderungen angewendet werden. »Neu« ist dabei vor allem die Möglichkeit, Gene ohne den Einsatz fremden Genmaterials zu verändern.

Funktion und Nutzen

Die sogenannte »Genschere« CRISPR/Cas, die 2020 mit dem Chemie-Nobelpreis ausgezeichnet wurde, gilt als bekannteste Methode der Neuen Gentechnik (NGT). Dabei kommt das Protein Cas9 zum Einsatz, das die DNA an einer spezifischen Stelle schneidet. In der anschließenden Reparaturphase kann das Erbgut gezielt verändert werden, etwa durch das Entfernen oder Einfügen einzelner Genabschnitte.

Im Unterschied zur klassischen Gentechnik nutzt dieses Verfahren die natürlichen Reparaturmechanismen der Zelle. Dadurch lassen sich beispielsweise neue Pflanzensorten präziser und schneller züchten. Sie sind damit besser an die Folgen des Klimawandels angepasst.

Die Funktionsweise der »Genschere« CRISPR/Cas



Bestehende Rechtslage

Gentechnische Anwendungen unterliegen in der Europäischen Union strengen Zulassungsregeln. In Deutschland gelten für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zusätzliche Einschränkungen: Die insektenresistente Maissorte MON810 ist zwar auf EU-Ebene zugelassen, in der Bundesrepublik jedoch verboten.

Ende vergangenen Jahres beschlossen das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Rat der EU eine Lockerung der Gentechnikregeln. Vorgehen ist, die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus der niedrigsten Risikokategorie NGT1 aufzuheben. Dazu zählen Pflanzen ohne artfremdes Erbgut, deren genetische Veränderungen auch durch

natürliche Mutationen oder konventionelle Züchtung hätten entstehen können. Verbraucherschützer kritisieren die geplante Neuordnung. Eine endgültige Entscheidung soll voraussichtlich im März 2026 fallen.

Forschung in Sachsen

Das sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft erhofft sich von der Biotechnologie, wozu die Neue Gentechnik zählt, große Fortschritte für Gesundheit, Umweltschutz und Landwirtschaft. In Sachsen befinden sich zurzeit etwa 250 gentechnische Anlagen, u. a. Gewächshäuser, Tierhaltungseinrichtungen und Labore.



Weitere Informationen:
www.gentechnik.sachsen.de

// Carlos Teschke



Prävention und härtere Strafen

Debatte über eine angekündigte Reform des Jugendstrafrechts

In der zweiten Aktuellen Debatte am 5. Februar 2026 beschäftigte sich der Sächsische Landtag mit einer Reform des Jugendstrafrechts. Der von der CDU-Fraktion beantragte Titel lautete: »Wenn der Rechtsstaat zu spät kommt – Jugendstrafrecht reformieren – Verantwortung klar regeln – aktuelle Herausforderungen angehen«.

CDU: Altersgrenzen des Strafrechts überdenken

Susan Leithoff (CDU) verwies auf die Herausforderung, dass immer jüngere Menschen immer häufiger straffällig würden. Bei Kindern unter 14 Jahren stoße die strafrechtliche Verantwortung jedoch bislang an eine Altersgrenze. Die geltende Regelung stamme aus den 1920er-Jahren. Es entstehe zunehmend der Eindruck, der Rechtsstaat reagiere zu spät. Dies sei nicht nur ein subjektives Gefühl, sondern habe konkrete Folgen: Opfer erlebten, dass auf schwere Tatwürfe keine sichtbare Reaktion folge, während Eltern und Schulen beobachteten, wie sich problematische Muster verfestigten. Reformbedarf gebe es aber auch für die Alters-

gruppe der 18- bis 21-Jährigen. Zwar seien Heranwachsende rechtlich volljährig, dennoch werde häufig Jugendstrafrecht angewendet.

AfD: Schärfere Konsequenzen

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für den Freistaat Sachsen seien besorgniserregend, fand Alexander Wiesner (AfD). Demnach seien im Jahr 2024 mehr als 1 400 Gewalttaten von Jugendlichen begangen worden. Dies entspreche einem Anstieg von über 16,5 Prozent. Zudem

seien mehr als 650 Kinder als Tatverdächtige bei Gewaltdelikten registriert worden. Hinter diesen Zahlen stünden Tausende Opferschicksale. Kinder würden von Mitschülern bedroht, beraubt oder körperlich angegriffen. Auch im Einzelhandel habe sich vielfach Resignation breitgemacht, weil wiederholt dieselben jugendlichen Täter stehlen würden, ohne ernsthafte Konsequenzen befürchten zu müssen. Seine Partei fordere daher eine Absenkung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre sowie die grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab 18 Jahren.

»Auch den jungen Menschen muss klar sein: ihr Handeln hat Folgen.«



Prof. Constanze Geiert

BSW: Prävention statt Strafverschärfung

Nach Ansicht von Ines Biebrach (BSW) gehe der Gesetzgeber davon aus, dass Heranwachsenden die notwendige Reife für strafrechtliche Verantwortung fehle. Diese Einschätzung werde durch aktuelle wissenschaftliche Studien gestützt,

wonach Kinder und Jugendliche bis zum 14. Lebensjahr die Folgen ihres Handelns noch nicht ausreichend überblicken könnten. Ihnen fehle ein gefestigtes, mündiges Gewissen. Zwar könnten sie auf eine falsche Bahn geraten, strafrechtlich zurechenbar seien sie jedoch nicht. Die eigentlichen Lösungsansätze lägen in stärkeren Investitionen in frühkindliche und schulische Bildung, etwa durch flächendeckende Schulsozialarbeit, den Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine konsequentere Inanspruchnahme der Eltern für ihren Erziehungsauftrag.

SPD: Frühere Interventionen

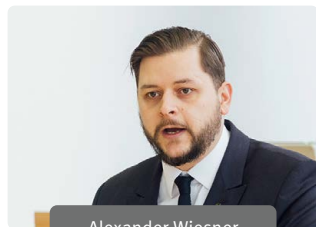
Daran anknüpfend sprach sich auch Sophie Koch (SPD) für einen stärkeren präventiven Ansatz aus. Notwendig seien u. a. mehr verbindliche Unterstützungsangebote für betroffene Familien. Entscheidend sei vor allem eine schnelle Intervention bereits bei ersten Auffälligkeiten. Als positives Beispiel nannte Koch die »Soko Iuventus« in Dresden. Durch die enge Zusammenarbeit von Polizei, Jugendamt, sozialer Arbeit und Schulen habe man die Fallzahlen deutlich senken können. Repressive Härte führe nicht zum Ziel. Straffälligkeit bei Heranwachsenden sei häufig lediglich ein Symptom komplexer Problemlagen. Neben möglichen Sanktionen bedürfe es daher stets auch erzieherischer Maßnahmen. Strafen, die nicht verstanden würden, könnten keine nachhaltige Verhaltensänderung bewirken.

BÜNDNISGRÜNE: Schutz des Rechtsstaates

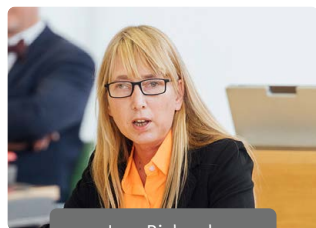
Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) wies auf eine notwendige Differenzierung zwischen Staat und Rechtsstaat hin. Gerade der Rechtsstaat schütze



Susan Leithoff



Alexander Wiesner

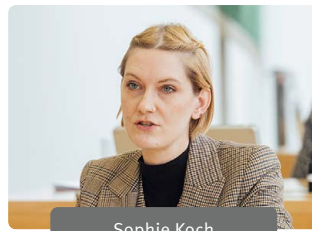


Ines Biebrach

die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Strafverfahren. Die rechtliche Trennung zwischen Jugend- und Erwachsenenstrafrecht sowie zwischen strafrechtlicher Verantwortung und dem familienrechtlichen Schutzauftrag stelle einen zentralen Grundpfeiler unserer Rechtsordnung dar. Eine Vermischung dieser Bereiche, etwa durch freiheitsentziehende Maßnahmen, die faktisch als Ersatz für strafrechtliche Sanktionen vorgeschlagen würden, widerspreche diesem Grundprinzip. Solche Ansätze gefährdeten nicht nur die Rechtsklarheit, sondern auch die Schutzgarantien für Kinder und Jugendliche.

Die Linke: Fokus auf Kindeswohl

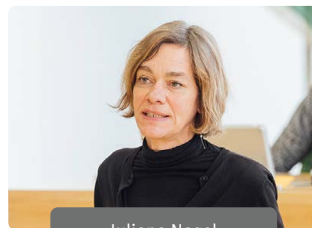
Juliane Nagel (Die Linke) erinnerte daran, dass die Festlegung der Strafmündigkeit auf 14 Jahre eine zivilisatorische Errungenschaft gewesen sei und einen klaren Bruch mit autoritären strafrechtlichen Ansätzen markiere. Entgegen verbreiteter



Sophie Koch



Valentin Lippmann



Juliane Nagel

Fotos: O. Killig

Darstellungen sei die Anwendung des Jugendstrafrechts auf über 18-Jährige inzwischen eher die Ausnahme, wie ein Blick auf die tatsächlichen Zahlen zeige. Bei Gewaltstraftaten machten Kinder ohnehin nur einen sehr geringen Anteil aus. Vor diesem Hintergrund seien Forderungen nach einer Absenkung des Strafmündigkeitsalters sachlich unbegründet. Die Linke setze stattdessen darauf, das Kindeswohl und die Stärkung der Familien in den Mittelpunkt

zu stellen. Für Kinder unter 14 Jahren biete das Kinder- und Jugendhilferecht bereits heute geeignete Interventionsmöglichkeiten.

Staatsregierung: Reformbedarf angezeigt

In jüngerer Zeit hätte eine sogenannte Kinderbande in Leipzig weit über die Stadt hinaus für Verunsicherung gesorgt, so Justizministerin Prof. Constanze Geiert (CDU). Auch aus dem ländlichen Raum mehrten sich die Meldungen über einen Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität. Die aktuellen Entwicklungen bestätigten, dass es einen großen Handlungsbedarf gebe. Sachsen werde daher im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, dass das Jugendstrafrecht bei Heranwachsenden im Alter von 18 bis 21 Jahren künftig nur noch in wenigen Ausnahmefällen zur Anwendung kommen solle. Auch innerhalb des Jugendstrafrechts seien Anpassungen erforderlich. Die Höchststrafe solle von bislang 10 auf 15 Jahre steigen. In besonders schweren Einzelfällen, etwa bei einem vorsätzlichen Tötungsdelikt, müssten noch höhere Strafen möglich sein.

// Dr. Daniel Thieme

Weitere Aktuelle Debatten:

Neben den abgebildeten Aktuellen Debatten befasste sich der Sächsische Landtag in der Sitzung am 4. Februar 2026 mit dem Thema der SPD-Fraktion: »Nie wieder ist jetzt: Erinnerung weitergeben – Haltung zeigen – Yad-Vashem-Bildungszentrum aufbauen«.

Am 5. Februar 2026 standen zwei weitere Aktuelle Debatten auf der Tagesordnung des Parlaments. Die erste Aktuelle Debatte »Faire Tariflöhne und bessere Arbeitsbedingungen für alle erkämpfen: Unsere sächsischen Beschäftigten verdienen Entlastung!« wurde von der Fraktion Die Linke eingebracht. In der dritten Aktuellen Debatte diskutierten die Abgeordneten den Antrag der Fraktion AfD unter dem Titel »Freie Presse, freie Meinung – eine Gefahr für Leib und Leben?!«



Foto: S. Floss

Abstimmung per Handzeichen für einen Änderungsantrag zum Volksantrag

Drei Tage Qualifizierungszeit

— Bildungsfreistellung für Beschäftigte kommt ab 2027

Am 4. Februar 2026 stimmte der Sächsische Landtag in seiner 24. Sitzung für ein Gesetz, das einen Anspruch auf Bildungsfreistellung schafft. Den Gesetzgebungsprozess hatte ein Volksantrag (Drucksache 8/1429) angestoßen, der im parlamentarischen Verfahren noch geändert worden war.

Tragfähiger Kompromiss

Bei dem Gesetz gehe es um die Frage, wie Weiterbildung, Qualifizierung und ehrenamtliches Engagement gestärkt und zugleich die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt werden könnten, brachte es Kay Ritter (CDU) auf den Punkt. Die CDU-Fraktion habe intensiv Argumente geprüft und Auswirkungen abgewogen. Man stehe zu dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Kompromiss.

Frank Peschel (AfD) betonte, seine Fraktion lehne den Gesetzentwurf ab, da er Unternehmen zusätzlich belaste. Es gehe um Produktivitätsverluste und erhöhten Planungsaufwand. Die entstehenden Mehr-

belastungen ließen sich auch durch Ausfallgelder nicht ausgleichen. In der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage dürfe es keine weiteren Vorgaben zulasten der Wirtschaft geben.

Ablehnung aus wirtschaftlicher Sicht

Sachlich und fachlich sei das Thema nicht relevant, urteilte Prof. Dr. Jörg Scheibe (BSW). Allein der Verweis darauf, dass es ein solches Gesetz in fast allen anderen Bundesländern gebe, rechtfertige es noch nicht. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen müssten der Gesetzentwurf ebenso wie der dazugehörige Änderungsantrag abgelehnt werden.

Von diesem Gesetz könnten zwei Signale ausgehen, befand hingegen Henning Homann (SPD). Zum einen richte sich das Gesetz an die rund 900 000 Ehrenamtlichen im Land, denen drei Tage Bildungszeit helfen könnten, Beruf, Familie und Ehrenamt besser miteinander zu vereinbaren. Zum anderen sende es ein Signal an alle Bürger, dass politischer Einfluss auch unabhängig von Wahlen möglich sei.

Investition in Transformation

Bildungszeit sei eine Investition, gerade in Zeiten tiefgreifender Transformationen, betonte Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE). Wenn Arbeitsprozesse digitalisiert würden und neue Technologien Einzug hielten, sei kontinuierliche Weiterbildung eine zentrale Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitierten insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) warnte vor einem Scheitern des Entwurfs. Viele Bürger würden sich noch gut an den Volksantrag zur Gemeinschaftsschule erinnern. Am Ende seien seitens des Parlaments hohe Hürden in den Gesetzestext formuliert worden. Es sei problematisch für das Demokratieverständnis, Beteiligung nur dann zu akzeptieren, wenn das Ergebnis den Erwartungen entspreche.

Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD) erklärte abschließend, dass es für die Einführung einer Qualifizierungszeit nie den richtigen Zeitpunkt gegeben habe. Sie als Ursache grundlegender Probleme darzustellen, gehe daher an der Realität vorbei. Ungeachtet unterschiedlicher Positionen begrüße die Staatsregierung den vorliegenden Kompromiss ausdrücklich als Ergebnis des Volksantrags.

// Dr. Daniel Thieme

WESENTLICHE FAKTEN:

- Gesetzentwurf geht auf Volksantrag mit über 55 000 Unterschriften zurück
- Beschäftigte erhalten Anspruch auf drei Tage Bildungszeit pro Jahr (Volksantrag sah fünf Tage vor)
- für berufliche Weiterbildung, ehrenamtliche Qualifikation oder politische Bildung nutzbar
- kleinere Betriebe erhalten anteilige Erstattung des Arbeitsentgelts
- Inkrafttreten: 1. Januar 2027

ZWISCHEN ANALYSE UND AUFARBEITUNG

Zu den eher geräuschlos arbeitenden Gremien eines Parlaments gehören die Enquete-Kommissionen. Ihr Arbeitsauftrag ist umfassend, die Suche nach Fakten, Zahlen und Zusammenhängen oft tiefeschürfend. Umso größer ist in der Regel die Bedeutung der Ergebnisse, die sie vorlegen. Bei der bis ins Jahr 2027 angelegten Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-pandemie liegen bereits zahlreiche Erkenntnisse vor.



Ein Jahr Corona-Aufarbeitung

Enquete-Kommission will Erkenntnisse für künftige Krisen gewinnen

Seit Januar 2025 arbeitet eine Enquete-Kommission des Sächsischen Landtags die Coronapandemie auf. Nach einem Jahr gibt es bereits zahlreiche Erkenntnisse und konkrete politische Beschlüsse.

Im Januar 2025 nahm die Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Coronapandemie: Lehren für den zukünftigen Umgang mit Pandemien im Freistaat Sachsen« ihre Arbeit auf. Das Ziel der Kommission ist es, Grundlagen für ein widerstandsfähiges Pandemie- und Krisenmanagement zu erarbeiten und zugleich einen Beitrag zur gesellschaftlichen Versöhnung zu leisten. Die Einsetzung des Gremiums ist im Oktober 2024 von CDU und SPD beantragt und im Dezember 2024 einstimmig vom Landtag beschlossen worden. Die Enquete-Kommission setzt sich aus 18 Mitgliedern zusammen, die nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Sächsischen Landtag benannt wurden. Geleitet wird sie von der Vorsitzenden Iris Firmenich (CDU).

Balanceakt bei staatlichem Handeln

In regelmäßigen öffentlichen Anhörungen berichten seitdem Sachverständige aus Politik, Verwaltung, Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft von ihren Erfahrungen während der Pandemie. In der ersten Anhörung standen die politischen Entscheidungsstrukturen im Mittelpunkt. Sozialministerin Petra Köpping (SPD) betonte den schwierigen Spagat zwischen Grundrechten und Gesundheitsschutz: »Es gibt nicht nur im Grundgesetz die Notwendigkeit, die Grundrechte zu wahren, sondern es gibt auch die Notwendigkeit, die Gesundheit von Menschen zu schützen. Und das war unser Auftrag.«

Dass dieser Schutz jedoch auch zu Belastungen der

Gesellschaft führte, machte Oberkirchenrat Dietrich Bauer vom Diakonischen Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens deutlich. Er kritisierte insbesondere pauschale Betretungsverbote in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen: »Die absoluten Betretungsverbote haben zwar Leben geschützt, aber auch Lebensqualität massiv eingeschränkt. Für uns ist klar: Sterbebegleitung, seelsorgerische Begleitung und ein würdevolles Abschiednehmen dürfen in keiner Krise mehr ausgeschlossen werden.«

Weitere Themen waren bislang die stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung sowie die Pflege während der Pandemie, die kritische Infrastruktur und juristische Fragestellungen. So befasste sich die

Unterarbeitsgruppe Recht im November mit dem Thema »Wahrung der Rechte des Sächsischen Landtags in Krisensituationen«. Als einer von fünf Sachverständigen gab der Bochumer Rechtsprofessor Dr. Stefan Huster ein Statement ab. Er machte deutlich, dass die verbreitete Auffassung, den Parlamenten seien während der Coronapandemie Rechte entzogen worden, aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht zutreffe. Sie hätten jederzeit über ausreichend rechtliche Möglichkeiten verfügt, um selbst tätig zu werden. Zugleich betonte er, dass mit zunehmender Dauer einer Krisensituation die Notwendigkeit wachse, wieder stärker gesetzgeberisch tätig zu werden.

Ebenfalls im November 2025 diskutierte die Kommission erstmals inhaltliche Schwer-



Sachverständige stehen bei einer öffentlichen Anhörung im Plenarsaal Rede und Antwort

punkte für den geplanten Abschlussbericht. Dieser soll bis Ende 2027 fertiggestellt und dem Präsidenten des Sächsischen Landtags überreicht werden.

Politische Beschlüsse aus den Erkenntnissen

Ein erstes Ergebnis der Arbeit der 1. Enquete-Kommission ist der Beschluss des Maßnahmenpakets für Long-COVID-Betroffene, der in der 22. Sitzung des Sächsischen Landtags am 3. Dezember 2025 als fraktionsübergreifender Antrag auf der Tagesordnung stand (der Landtagskurier berichtete in Ausgabe 7).

Die nächste öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission

findet am 6. März 2026 zum Thema Bildung statt. Sie trägt den Titel »Aus der Pandemie lernen: Zukunftsfähige und krisenfeste Betreuungs- und Bildungsstrukturen in Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie Studium.« Eine weitere Sitzung ist für den 5. Juni 2026 vorgesehen. Dann nimmt die Kommission insbesondere die Situation sozialer Einrichtungen und die besonderen Belastungen für Familien in den Blick. Für die kommenden Termine wird es wieder eine Live-Übertragung geben, die anschließend in der Mediathek des Landtags zur Verfügung stehen wird.

// Natalie Rödel

ZUM NACHSCHLAGEN



Stenografisches Protokoll
(Stichwort: »Pandemie« suchen und unter »Vorgang« finden sich alle Enquete-Kommissions-relevanten Drucksachen.)



Anhörungsvideo



Foto: Chambre des Députés Luxembourg

Parlamentspräsidenten tagen in Luxemburg

Landtagspräsident Alexander Dierks nahm an der Europakonferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten teil, die am 18. und 19. Januar 2026 in Luxemburg stattfand. Die Teilnehmer berieten u.a. über die Zukunft der freiheitlichen Demokratie angesichts autokratischer Entwicklungen und die Stärkung grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Einer der Ehrengäste und politischen Impulsgeber der Konferenz war der ehemalige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker.



Foto: S. Willnow

Klimaschulkonferenz 2026 im Landtag

Am 29. Januar 2026 trafen sich rund 250 Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und weitere Gäste zur 9. Klimaschulkonferenz im Sächsischen Landtag. Die Begrüßung übernahm der Dritte Vizepräsident des Sächsischen Landtags, Prof. Dr. Jörg Scheibe. Er würdigte die sächsischen Klimaschulen als »Zukunftslabore«, von denen auch andere öffentliche Einrichtungen lernen könnten. In diesem Jahr traten 17 neue »Klimaschulen« dem Netzwerk bei. Damit gehören insgesamt 60 Einrichtungen aller Schularten der Initiative der sächsischen Staatsregierung an.

Fakten zur Integration anschaulich dargestellt

Die Internetseite des Sächsischen Integrationsbeauftragten bietet ab sofort statistische Daten zur Integration in anschaulichen Grafiken. Es stehen u.a. Informationen zu den Themenbereichen Bevölkerungsstruktur, Bildung, Arbeit sowie Asyl und Schutz bereit. Das neue Online-Modul ergänzt das seit 2021 angebotene Flipbook, das die Arbeit des Integrationsbeauftragten jährlich dokumentiert. Die neu veröffentlichten Grafiken werden in Zukunft kontinuierlich aktualisiert.



Suche nach Lösung für Altmunition

Anhörung über historische Munitionsreste in Sachsens Wäldern

Mit dem Brand in der Gohrischheide 2025 rückte ein ansonsten unsichtbares Problem in den Fokus: Munitionsreste tief im Erdreich aus längst zurückliegenden Konflikten. Die BSW-Fraktion wollte im Innenausschuss am 22. Januar 2026 mit ihrem Antrag »Beräumung munitionsbelasteter Waldflächen im Freistaat Sachsen – Verantwortung von Bund, Bundeswehr und Land gemeinsam wahrnehmen« in einer öffentlichen Anhörung klären, wie man mit diesen Altlasten umgehen sollte.

1 000-Meter-Abstandsregel

Wenn Wald- oder Wiesengebiete brennen, in denen große Mengen alter Munition im Boden liegen, müssen bei Löschanversuchen besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Der sächsische Kampfmittelbeseitigungsdienst empfiehlt in solchen Fällen einen pauschalen Abstand von 1 000 Metern zum Brand. Damit lasse sich jedoch kein vollständiger Schutz gewährleisten, erläutert Marco Bretschneider, Ortswehrleiter in der Gemeinde Zeithain.

Raimund Engel, Waldbrandschutzbeauftragter in Brandenburg, bestätigte, dass sich die stärksten Brände in seinem Bundesland auf munitionsbelasteten Flächen ausgebreitet hätten. Aus Sicherheitsgründen müsse man solche Flächen teilweise abbrennen lassen – mit entsprechenden Gefahren für umliegende landwirtschaftliche Flächen oder bewohnte Gebiete. Bretschneider ergänzte, dass sich die Einsatzkräfte in der Gohrischheide unter Abwägung der Risiken daher bis auf 300 Meter an den Brand herangewagt hätten.

Andreas Sieger, Leitender Safety Manager beim Operativen Führungskommando der Bundeswehr, erklärte die spezifischen Risiken alter Kampfmittel. Bei starker Temperaturerhöhung



Brandentwicklung in der Gohrischheide am 2. Juli 2025. Zwischen den Aufnahmen vergingen nur 13 Minuten.

könnte TNT, der Hauptbestandteil vieler Sprengstoffe aus dem Zweiten Weltkrieg, schneller kristallisieren. Unter der Hitze eines Waldbrandes stünden Bomben im Erdreich unter hohem Druck, der beim Abkühlen zur Detonation führen könnte. Deshalb sollten munitionsbelastete Flächen auch nach dem Löschen nicht betreten werden.

Waldbrand als Chance?

Es erfordert viel Zeit und Aufwand, alte Kampfmittel zu orten, erläuterte Robert

Mollitor, Leiter im Munitionsbergungsdienst Mecklenburg-Vorpommern. Auf die Frage, ob ein starker Waldbrand ein Gebiet ausreichend entmunitionieren könne, antwortete er klar: Ein Waldbrand sei dafür kein anerkanntes technisches Verfahren.

Dass eine vollständige Entmunitionierung von Gebieten wie der Gohrischheide sehr teuer wäre und keine absolute Sicherheit garantieren kann, darin waren sich alle Experten einig. Alternative Methoden wurden diskutiert: Neben Explosionsrisiken müsse man bedenken, dass frei werdende Schwermetalle oder Phosphor den Boden schädigen und Trinkwasserressourcen gefährden könnten, so Thomas Rother vom Sachsenforst. Unter anderem wurde über eine biologische Zersetzung durch Mikroorganismen oder Ameisenvölker, die sich von TNT ernähren, gesprochen. Systematisch einsetzbar sei diese Methode jedoch noch nicht, da eine Zersetzung viele Jahre dauern würde.

// Janina Wackernagel

ZUM NACHSCHLAGEN



Stenografisches Protokoll



Anhörungsvideo

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 28.01.2026

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über die Presse 8/3309 AfD Ffd.: Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus	Wenn Druckwerke von Unternehmen veröffentlicht werden, an denen politische Parteien mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind, sollte auf dem jeweiligen Druckwerk verpflichtend auf diese Beteiligung hingewiesen werden.	✗
Fünftes Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung 8/2828 AfD Ffd.: Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung	Der Gesetzentwurf sah vor, Vorhaben zur Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie nur dann zuzulassen, wenn ein Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohnbebauungen eingehalten wird. Nach Ende der Nutzung sollte der Rückbau der Anlagen zudem durch eine verbindliche Verpflichtungserklärung sowie eine entsprechende Sicherheitsleistung des Betreibers abgesichert werden.	✗
»5 Tage Bildungszeit in Sachsen« Gesetz über den Anspruch auf Bildungsfreistellung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Bildungsfreistellungsgesetz – SächsBFG) Neuer Titel: Gesetz über den Anspruch auf Qualifizierungszeit im Freistaat Sachsen (Sächsisches Qualifizierungszeitgesetz – SächsQZG) 8/1429 Volksantrag	In Abweichung vom ursprünglichen Volksantrag wird der Anspruch auf bezahlte Freistellung nun von drei Arbeitstagen pro Kalenderjahr gesetzlich festgeschrieben. Er gilt für alle Beschäftigten im Freistaat Sachsen und umfasst berufliche Weiterbildung, Qualifizierung und Fortbildung zur Wahrnehmung eines Ehrenamtes sowie der politischen Bildung. Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten erhalten eine pauschale finanzielle Unterstützung.	✓
Gesetz zur Nachholung gesetzlicher Feiertage im Freistaat Sachsen (Sächsisches Ersatzfeiertagsgesetz – SächsErsatzFG) 8/5111 Die Linke Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Fallen gesetzliche Feiertage auf ein Wochenende, sollen sie laut Gesetzentwurf an einem folgenden Wochentag nachgeholt werden.	○
Gesetz zur Außerkraftsetzung der Verpflichtung zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter 8/5400 AfD Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Mit dem Regelungsvorhaben soll es Kommunen ermöglicht werden, auf die Bestellung eines Beauftragten zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verzichten.	○
Gesetz zur Beschleunigung der Entscheidungen über Anträge auf Zuwendungen im Freistaat Sachsen – Sächsisches Zuwendungsbeschleunigungsgesetz (SächsZuwendBeschleunG) 8/5553 Die Linke Haushalts- und Finanzausschuss	Die Behördenpraxis der Zuwendungsbewilligung soll vereinfacht und beschleunigt werden, indem für Zuwendungen bis 200.000 Euro eine einheitliche Bewilligungsfrist von sechs Wochen sowie das Instrument der Bewilligungsfiktion für Fördermittelanträge eingeführt wird.	○
Erstes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Juristenausbildungsgesetzes (SächsJAG) 8/5559 CDU und SPD Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa	Bewerberinnen und Bewerber, die aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung tätig sind, sollen künftig nicht mehr zum juristischen Vorbereitungsdienst zugelassen werden.	○

○ neu im parlamentarischen Verfahren ✓ angenommen ✗ abgelehnt



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster



Fotos: M. Rietschel

Das Video der Neujahrsansprache finden Sie auf dem Youtube-Kanal des Sächsischen Landtags.



Ein entscheidendes Reformjahr für Sachsen

Zu Beginn des Jahres 2026 ruft Landtagspräsident Alexander Dierks zu Entschlossenheit und größerer Zuversicht auf

Umrahmt vom Besuch der Sternsinger fand am 5. Januar 2026 der traditionelle Neujahrsempfang im Sächsischen Landtag statt. In seiner Ansprache vor zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbreitete der Landtagspräsident trotz schwieriger Rahmenbedingungen Optimismus.

Das Jahr 2026 werde ein gutes Jahr, gab sich Landtagspräsident Alexander Dierks gleich zu Beginn seiner Neujahrsansprache optimistisch. In Anbetracht der Weltlage sei dies zugegebenermaßen eine gewagte These, er sei jedoch der festen Überzeugung, dass es gemeinsam gelingen könne, die Zukunft gut zu gestalten.

Deutschland und Sachsen stünden zweifelsohne vor großen Herausforderungen. Dierks nannte etwa die Veränderung geopolitischer Gewichte und wirtschaftlicher Stärkeverhältnisse sowie den demografischen Wandel. Doch gerade in einer solchen Situation müsse es gelingen, die einmalige Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und des

vereinten Europas zu verteidigen und fortzuschreiben.

Umso wichtiger sei es, das entscheidende Reformjahr 2026 kraftvoll anzugehen. Dabei gelte es besonders, die Kraft

der Freiheit wiederzuentdecken. Dies geschehe in einer Zeit, in der zum ersten Mal seit 35 Jahren wieder die Frage zwischen Demokratie und Freiheit auf der einen und Autokratie auf der anderen Seite gestellt werde.

Parallel brauche es Zuversicht und Durchhaltevermögen. Die eine große Reform, die alles löse und die niemand spüre, die gebe es nicht, so der Land-

tagspräsident. Vielmehr gehe es darum, die Lasten fair zu verteilen und ein positives Zukunftsbild zu zeichnen. Insbesondere gelte das für die größte anstehende landespolitische Herausforderung, das Aufstellen des Doppelhaushalts 2027/2028. Obgleich dies unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen erfolge, sei er optimistisch, dass das demokratische System im Freistaat Sachsen in der Lage sei, hierbei zu guten Ergebnissen zu kommen.

In Sachsens demokratischer Gesellschaft, so Dierks, stecke oft viel mehr Kraft als wir uns selbst zutrauten. Er appellierte, diese Kraft zu entfalten, sich einander mit Wohlwollen zu begegnen und etwas Gutes für dieses Land erreichen zu wollen. Wenn man dazu noch berücksichtige, dass Politik immer nur die Kunst des Möglichen sei, dann werde 2026 ein gutes Jahr.

Während des Empfangs überbrachten Sternsingerkinder der Dresdner Pfarrei St. Elisabeth den Segen und sammelten Spenden.



// Dr. Thomas Schubert

»UNVOLLENDETE LEBEN«

...ar ihr ganzes Leben. Sie wurde „Poetin
...en Seele“ genannt. Sie schuf Texte für
...auch Prosa und Theaterstücke, die im Radio
...im Theater aufgeführt wurden.



Scannen QR-Code,
um mehr zu erfahren.

Malerin und Zeichenlehrerin, die sich zusammen mit ihrem
Ehemann Izrael Lichtensztajn für die Kulturarbeit im Warschauer
Ghetto und die Arbeit der jüdischen Sozialen Selbsthilfe
engagierte. Das künstlerische Erbe von Gela (mehr als 300 Aquarelle
und Zeichnungen) stellt eine einzigartige Sammlung innerhalb
des Ringelblum-Archivs dar, d.h. des Untergrund-Archivs des
Warschauer Ghettos, das hauptsächlich Schriftzeugnisse umfasst.



Scannen QR-Code,
um mehr zu erfahren.



In Drohobycz geboren. Schriftstellerin.
Verfasserin von Erzählungen, Romanen, Skizzen
und Sonettensammlungen. 1941
verhaftet, inhaftiert und anschließend
in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau
gebracht. 1944 ermordet.

BRU
SCH

12 VII 1892, Drohobytzsch — 19 X 1944

Die Verbrechen der Nationalsozialisten bedeuteten tiefstes Leid für Millionen von Menschen. Was bleibt von denen, die ermordet wurden? Die Ausstellung »Unvollendete Leben« zeigt die Spuren dessen, was im Holocaust verloren ging. Sie war anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 27. Januar 2026 für einige Tage im Landtag zu sehen.

Roll-Up-Ausstellung im Landtag zur
Gedenkveranstaltung am 27. Januar



Fotos: T. Schlorke

Adam Skrzypek und Bente Kahan

Die Kraft der Musik und der Worte

Gedenkstunde am 27. Januar 2026
verbindet Erinnern und Verantwortung

Das Konzert »Ein Gebet für mich« der Künstlerin Bente Kahan stand im Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2026 im Sächsischen Landtag. Die norwegisch-polnische Musikerin erinnerte mit zahlreichen Liedern eindrücklich an die Ermordeten, »die unvollendeten Leben«.

Am 81. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz kamen im Plenarsaal des Sächsischen Landtags Abgeordnete, Vertreter der Sächsischen Staatsregierung, des Verfassungsgerichtshofes, der jüdischen Gemeinden und der Kirchen in Sachsen zusammen, um der Opfer des Holocausts zu gedenken. Ebenso waren Mitarbeiter des jüdischen Kulturjahres »Tacheles« sowie Schülerinnen und Schüler anwesend. Die kahlen Farben der verschneiten Elbwiesen, auf die man durch die Scheiben des

Plenarsaals blickte, boten eine eindrückliche Kulisse für das Gedenken.

Erinnerung und Verantwortung

In seiner Begrüßungsrede sprach Landtagspräsident Alexander Dierks über die Bedeutung des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Daran sei die Verantwortung geknüpft, für eine demokratische Gesellschaft einzustehen. Die sächsischen Gedenkstätten leisteten dabei einen unverzichtbaren

Beitrag gegen das Vergessen. Orte wie Pirna-Sonnenstein müsse man pflegen und sichtbar machen. Es dürfe kein Schlussstrich unter das Erinnern gezogen werden. Die Art und Weise der Antwort auf das »Nie wieder« entscheide sich jedoch in jeder Generation neu. Alexander Dierks hob auch her-

vor, dass der Holocaust nicht in den Vernichtungslagern seinen Anfang nahm und die nationalsozialistischen Verbrechen eine lange Vorgeschichte hatten. Die Entrechtung von Jüdinnen und Juden begann bereits 1933 mit der Boykottierung jüdischer Geschäfte und vollzog sich in immer größeren Tabubrüchen.





Es folgten die Nürnberger Rassegesetze und die Reichspogromnacht. Alles zielte darauf ab, Jüdinnen und Juden aus der Gesellschaft zu drängen und zu erniedrigen.

Die Bundesrepublik als Gegenentwurf

Nach dem Krieg sei in der Bundesrepublik Deutschland das Grundgesetz als Antwort auf das Unrecht des Nationalsozialismus entstanden. Es »ist der Gegenentwurf zu einem Land, in dem eine politische Gruppe oder die Mehrheit entscheidet, wer leben darf und wer nicht, wer wertvoll ist und wer dazugehört«. In Artikel 1, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde festschreibe, spiegle sich dieser Gedanke auf besondere Weise wider, so Dierks. Die Politik von Konrad Adenauer und Willy Brandt stellten die Grundlage dafür dar, dass Deutschland heute ein anerkannter Staat unter den freien Völkern sei.

Die zahlreichen antisemitischen Angriffe in Deutschland würden aber zeigen, dass es immer noch nicht selbstverständlich sei, dass Jüdinnen und Juden frei und ohne Diskriminierung leben könnten. Jeder, der glaube, der Wert eines Menschen bemesse sich an einem Kriterium wie der Religion oder der Herkunft, stelle sich damit außerhalb unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. Wer Jüdinnen und Juden angreife, der greife die freie Gesellschaft

als Ganzes an. Das dürfe man nie hinnehmen.

In Dichtung geronnene Erinnerung

Im Anschluss an seine Rede stellte der Landtagspräsident die Schauspielerin und Musikerin Bente Kahan vor, eine bedeutende Interpretin jüdischer Musik der Nachkriegszeit. In Dramen und Konzerten verarbeitet sie das Schicksal der europäischen Juden. Ihre Kompositionen beruhen auf Texten, die von Holocaust-Opfern selbst verfasst wurden. Mit ihrer künstlerischen Arbeit verleihe sie den Menschen eine Stimme, die nicht mehr selbst erzählen können. Es sei »in Dichtung geronnene Erinnerung«. Im Rahmen des Konzertprogramms »Ein Gebet für mich« präsentierte die in Norwegen geborene und seit 2001 in Wrocław lebende Künstlerin mit ihrer Gitarre Lieder und Texte, die vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg komponiert wurden. Am Kontrabass begleitete sie Adam Skrzypek.

Lieder aus dem Ghetto Theresienstadt

Insbesondere die von dem Künstler-Duo vorgetragenen Texte aus dem Ghetto Theresienstadt zeigten, wie die Eingesperrten versuchten, ihr Schicksal in Worte zu fassen. Zu erwähnen sind hier die satirischen Texte des von den Nationalsozialisten ermordeten Leo Strauss (1897–

Begleitprogramm zur Gedenkveranstaltung



Eröffnung der Buchlesung durch Kay Ritter

Am Nachmittag fand im Bürgerfoyer des Landtags eine Lesung zu einem bemerkenswerten Buchprojekt statt. Mitglieder der evangelischen Jungen Gemeinde Wurzten lasen aus dem von ihnen selbst übersetzten Buch »The Nine« der amerikanischen Schriftstellerin Gwen Strauss. Das Werk handelt von neun Frauen, die das Konzentrationslager Ravensbrück und die anschließenden Todesmärsche überlebten. Seit April 2025 ist die deutsche Ausgabe »SIE WAREN NEUN« im Sax Verlag erhältlich.

Darüber hinaus konnten die Ausstellungen »Unvollendete Leben« der Bente-Kahan-Stiftung aus Wrocław und »#FakeImages – Gefahren von Stereotypen erkennen« aus dem Arthur Langerman Archiv der TU Berlin besichtigt werden.



»Unvollendete Leben«



»#FakeImages«

Fotos: T. Schlorke

1944). In dem Gedicht »die Stadt Als-ob« beschrieb Strauss sarkastisch das Alltagsleben der Häftlinge. Die Gedichte der ebenfalls deportierten deutsch-tschechischen Schriftstellerin und Dichterin Ilse Weber (1903–1944) gaben einen bewegenden Einblick in die Gefühlswelt der Verfasserin. In dem sehr persönlichen Zeugnis

»Ein Brief an mein Kind« brachte sie die Sehnsucht nach ihrem ältesten Sohn zum Ausdruck. Noch im Jahr des Kriegsbeginns 1939 konnte er rechtzeitig in Sicherheit nach Schweden gebracht werden. Sie selbst und ihr jüngerer Sohn wurden in Auschwitz-Birkenau ermordet.

// Dr. Maria Hofmann

»Neues wagen und Gestaltungsspielräume ausreizen«

Ein Tag mit Sandra Gockel, Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus



Fotos: T. Schlorke

Im Sommer 2022 rückte mit Sandra Gockel eine erfahrene Schulleiterin für die CDU in den Sächsischen Landtag nach. Gleich mehrere Schulen im Freistaat hatte sie bereits aufgebaut, bevor sie beruflich in die Politik wechselte. Nach ihrem Wiedereinzug im Jahr 2024 über die Landesliste übernahm die umtriebige Abgeordnete im Parlament den Vorsitz im Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus. Wir haben Sandra Gockel einen Tag bei ihrer Arbeit in der Sächsischen Schweiz und in Pirna begleitet.

Es ist ein kühler Morgen, wenige Tage vor Weihnachten, als Sandra Gockel gut gelaunt in Lohmen, einer Gemeinde in der Sächsischen Schweiz, mit der weltberühmten Bastei, eintrifft. Ihre Ankunft ist nicht zu übersehen: Gockels Konterfei und Name zieren ihr Fahrzeug. »Mein mobiles Bürgerbüro«, erklärt die Abgeordnete und »zugleich ein Mittel, um meine Bekanntheit in der Region zu

steigern«, denn sie ist erst spät in die Politik gewechselt. Dann aber komplett. »Ich mache etwas ganz oder gar nicht«, formuliert sie ihren Anspruch. »Und ich möchte Dinge zu Ende bringen und dabei Neues wagen – genauso wie ich es als Schulleiterin schon gehalten habe.«
Unermüdlich ist Sandra Gockel seither in ihrer Heimat unterwegs, wo sie seit 2009 mit

ihrer Familie in Heidenau lebt. Getragen von einer großen Verbundenheit zu Land und Leuten ist es ihr wichtig, für die Menschen sichtbar und ansprechbar zu sein. »Ich bin derzeit die einzige Mandatsträgerin auf Landesebene für meine Partei in der Region.«

Unterwegs im Nationalpark

Der Arbeitstag startet heute im Rathaus Lohmen, wo Bürgermeisterin Silke Großmann die Abgeordnete erwartet. Die Gemeinde liegt im Nationalpark Sächsische Schweiz – für Lohmen Segen und Herausforderung zugleich. Eine Klage der Kommune gegen die Nationalparkverordnung sorgte in den vergangenen Monaten für Aufmerksamkeit. Die Gemeinde sieht sich in ihrer Planungshoheit verletzt. »Wir wünschen

uns mehr kommunale Selbstverwaltung, mehr Mitsprache und mehr Vertrauen in die Menschen vor Ort«, erläutert Großmann ihr Anliegen. Letztlich sei die Klage ihre einzige Möglichkeit, um ins Gespräch zu kommen und die Entwicklung der Gemeinde und den Naturschutz in Einklang zu bringen. »Warum brauche ich eine Genehmigung, wenn ich in meiner Kommune die vorhandene Markierung von Parkplätzen an der Bastei auffrischen will?«, veranschaulicht die Kommunalpolitikerin ihr Unverständnis. Sandra Gockel hört geduldig zu und vernimmt, dass Lohmen auch nach dem jüngst ergangenen Urteil des Sächsischen Obergerichts weiterkämpfen will. Die Abgeordnete wird ihren Teil dazu beitragen, dass das Gespräch und die Suche nach praktikablen Lösungen zwischen Freistaat, Landkreis und Kommune nicht verstummt.

Sandra Gockel ist gut vernetzt in ihrer Heimat und es gewohnt, die Dinge pragmatisch anzupacken, Lösungen zu finden und dabei auch kreativ Ermessensspielräume auszureizen. So agiere sie auch in der



Politik, wohlwissend um die damit verbundenen Herausforderungen und Grenzen. Dabei helfe ihr die über 25-jährige Berufserfahrung sowie die Gewissheit, jederzeit in ihren Traumberuf, sozusagen auf die »Schulbank«, zurückkehren zu können. »In meiner Arbeit als Abgeordnete habe ich festgestellt, dass Berufserfahrung sehr hilfreich ist.«

Austausch mit Aussicht

Weiter geht es auf die wohl berühmteste Felsformation der Sächsischen Schweiz. Auf der Bastei trifft Sandra Gockel mit den Eigentümern von Berghotel und Panoramarestaurant zusammen. Geschäftsführerin Petra Morgenstern und ihr Sohn Kai Reißer übernahmen hier vor über sechs Jahren das »Ruder«. Auch sie bewegen sich im Spannungsverhältnis zwischen dem besonderen Schutzstatus des Nationalparks und der eigenbestimmten Unternehmensentwicklung mitsamt Verantwortung für 120 Menschen, die in Hotel und Restaurant in Lohn und Brot stehen.

Sie berichten von den Energiekosten, die sich zuletzt mehr als verdoppelt hätten. Das Ansinnen, eine Photovoltaikanlage zu installieren, sei wegen vermeintlich zu hohen Windlasten nicht umsetzbar. »Es gibt eine verklärte urbane Sicht auf viele Dinge«, kritisieren die Unternehmer. So zum Beispiel beim Förderprogramm Energieoptimierung, das die Betreiber gern in Anspruch nehmen würden, um die hochbetagten und energiefressenden Herde in der Küche auszutauschen. Lohmen gehöre laut Definition des EU-Programms nicht zum ländlichen Raum, damit falle man aus dem Fördertopf heraus, bedauert Geschäftsführerin

Petra Morgenstern. An dieser Stelle fragt Sandra Gockel bei ihrem Gegenüber genau nach, notiert sich den Sachverhalt und verspricht nachzuhaken.

Die Zeit verfliegt. Obwohl die Abgeordnete reichliche zwei Stunden für den Austausch eingeplant hat, müssen wir uns sputen, um rechtzeitig zum nächsten Termin zu kommen. Zumal es sich die Politikerin nicht nehmen lässt, vorher noch schnell die Küche und die erwähnten Herde persönlich in Augenschein zu nehmen.

Kunst und Unternehmertum in Pirna

In Pirna steht ein gemeinsamer Atelierbesuch mit Kulturministerin Barbara Klepsch auf der Agenda. Für Sandra Gockel, die einst neben Religion und Geografie auch Kunst unterrichtete, ist das ein vertrautes Terrain. Künstlerin Lieselotte Theil-Hurschell freut sich sehr über die Gäste in ihrem kleinen Refugium im Künstlerkomplex 45. Es ist heimelig an dem kleinen Tisch zwischen Bildern, Skizzen und Staffelei. Bei selbstgekochter Suppe und Apfelstrudel erzählt die ehemalige Stipendiatin des Lohengrinhauses in Graupa

über ihren Werdegang, ihr Schaffen, ihre aktuelle Ausstellung auf den Fluren der CDU-Landtagsfraktion im Parlament und die neue künstlerische Bleibe in Pirna. Die Chemie zwischen den Damen stimmt, zumal alle drei eine Vergangenheit in Annaberg-Buchholz im Erzgebirge eint: sei es als Schulgründerin des Evangelischen Gymnasiums, ehemalige Oberbürgermeisterin oder Künstlerin.

Station Nummer vier auf unserer Tour durch die Region ist ein Bürogebäude in der Piraer Innenstadt. Henryk Vogel und Uwe Seidel suchen politische Rückendeckung für ihr ehrgeiziges Projekt – die Errichtung eines City-Outlets in Pirna. Es soll nicht auf der grünen Wiese vor den Stadttoren entstehen, sondern direkt in der Innenstadt. Damit könnten der Leerstand in der Stadt (aktuell 42 Prozent) reduziert und

zugleich Kaufkraft und Touristen in die Region gelockt werden. »Unser Ziel ist es, dass Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammenarbeiten, um etwas Gutes für die Region auf die Beine zu stellen«, so die Initiatoren. Von Ministerin wie Abgeordneter erhoffen sie sich Wohlwollen und fragen nach konkreten Ansatzpunkten, um noch mehr politische Unterstützung für ihr Unterfangen zu bekommen.

Für heute ist nach dem Termin Schluss mit Politik – ausnahmsweise. Es ist einer der wenigen Tage ohne Abendveranstaltung. Sandra Gockel muss noch etwas für eines ihrer vier Kinder im Teenageralter organisieren.

// Katja Ciesluk

18. Dezember 2025

7:00

8:00

9:00 Rathaus Lohmen

10:00 Berghotel und Panoramarestaurant Bastei

11:00

12:30 Atelier in Pirna

12:00

13:00

14:30

City Outlet GmbH in Pirna

NOTIZEN



Bürgermeisterin Silke Grossmann kämpft für praktikable Lösungen.



Der Herd in der Küche des Panoramarestaurants ist ein wahrer Energiefresser.



Künstlerin Lieselotte Theil-Hurschell freut sich über den Besuch.



Henryk Vogel und Uwe Seidel hoffen auf politische Unterstützung für ihr City-Outlet.

Sächsische Parlamentarier im Kleinformat

Das Fotoalbum des sorbischen Landtagsabgeordneten Handrij Kerk

Es gibt verschiedene Wege, wie Politiker heutzutage ihre Arbeit präsentieren. Im Zeitalter von Instagram und Co. spielen aber immer Bilder eine zentrale Rolle. Was heute üblich ist, war im 19. Jahrhundert, als die Fotografie ein teures Handwerk war, eine Seltenheit. Umso interessanter erscheint das Fotoalbum eines sorbischen Landtagsabgeordneten aus dieser Zeit.



Carte-de-Visite-Porträt von Handrij Kerk

Dieses Buch ist etwas ganz Besonderes! Das soll uns sein hochwertiger Einband aus braunem Leder mit kunstvoll geprägten Verzierungen schon auf den ersten Blick mitteilen. Eine elegante Metallschließe hält die Buchdeckel zusammen und schützt das Innere vor Licht, Schmutz und Eselsohren. Rein äußerlich erinnert dieses 27 mal 22 Zentimeter große Buch an eine alte Bibel. Doch es handelt sich um etwas viel Jüngeres, viel Profaneres: ein Fotoalbum.

Aufbewahrt wird dieses Kleinod im Sorbischen Kulturarchiv Bautzen. Es stammt aus dem Besitz des sorbischen Landtagsabge-

ordneten Handrij Kerk (1822 – 1894) und gewährt faszinierende Einblicke in die Geschichte des Parlamentarismus in Sachsen, die wechselhaften deutsch-sorbischen Beziehungen sowie das Repräsentationsbedürfnis sächsischer Politiker im ausgehenden 19. Jahrhundert.

Herkunft und sozialer Aufstieg

Handrij Kerk, mit amtlichem Namen Andreas Strauch, wurde 1822 in Zschorna/Čornjow geboren, einem kleinen sorbischen Dorf zwischen Löbau und Bautzen. Aus einfachsten Verhältnissen stammend, konnte er die Schule vermutlich nur bis ins 12. Lebensjahr besuchen und begab sich an-

schließend bei einem Weber in die Lehre. Seine Heirat mit der wohlhabenden Bauerntochter Marie Charlotte Jenčec (Jentsch) aus seinem Heimatdorf im Jahr 1850 markierte einen Wendepunkt in Kerks Leben. Die Familie der Braut ermöglichte ihm den sozialen Aufstieg. 1860 erwarb das Paar ein eigenes Bauerngut im benachbarten Rodewitz/Rodecy.

Von hier aus entfaltete Kerk in den kommenden Jahrzehnten ein beachtliches gesellschaftliches und politisches Engagement. Er wirkte als Gemeindevorsteher und war als solcher auch Mitglied der Oberlausitzer Provinzialstände – der regionalen Legislative für die sächsische Oberlausitz, die zu seiner Zeit noch immer über einen rechtlichen Sonderstatus in Sachsen verfügte.

Auch am sorbischen Kulturleben nahm Kerk aktiv Anteil. Bereits 1848 war er der Vereinigung Mačica Serbska beigetreten, die sich der Förderung der Volksbildung und Wissenschaft sowie der Stärkung des sorbischen Nationalbewusstseins widmete. Im Zuge der Revolution von 1848/49 richtete die Mačica eine Petition an die sächsische Regierung, in der die Gleichberechtigung der

sorbischen Sprache in Schule, Kirche, Verwaltung und im Gerichtswesen gefordert wurde. 1876 gründete Kerk mit Gleichgesinnten den Serbske towarstwo w Bukecach (Sorbischer Verein in Hochkirch), der sich der Pflege der sorbischen Sprache und Kultur durch Vorträge, Chorauftritte, Theateraufführungen und weitere gesellige Angebote widmete.

Am 2. Oktober 1871 wurde Handrij Kerk von der Mehrheit der Wahlberechtigten im 5. ländlichen Wahlkreis (Bautzen-Weißenberg) zum Abgeordneten der II. Kammer des sächsischen Landtags gewählt. Er hatte sich aus dem Stand gegen den bisherigen Abgeordneten dieses Bezirks durchgesetzt und konnte sein Mandat auch in den folgenden Wahlen stets verteidigen. Kerk gehörte dem sächsischen Landtag als Mitglied der konservativen Fraktion bis zu seinem Tod im Jahr 1894 an. In seine Zeit als Abgeordneter fielen wegweisende Entscheidungen wie die Revision des sächsischen Volksschulgesetzes (1873), die Einführung einer neuen Gerichtsverfassung in Sachsen (1877) und insbesondere der massive Ausbau des sächsischen Eisenbahnnetzes.





Einblick in Handrij Kerks Fotoalbum

Porträts als Zeichen der Verbundenheit

Handrij Kerk hat keinen schriftlichen Nachlass hinterlassen. Es ist daher ein großer Glücksfall, dass Kerks Fotoalbum aus seiner Zeit als Abgeordneter in Dresden nicht verloren gegangen ist. Darin sammelte er insgesamt 81 Porträts seiner Abgeordnetenkollegen im Carte-de-Visite-Format (ca. 6 x 10 cm). Kerk muss diese Fotosammlung selbst angelegt und damit gleich unmittelbar nach Antritt seines Mandats begonnen haben. Der Austausch von Visite-Porträts war eine beliebte Mode im ausgehenden 19. Jahrhundert: Familien, Freunde, Kommilitonen, Kollegen und Geschäftspartner – sie alle überreichten sich zu besonderen Anlässen gern ein aktuelles Foto und besiegelten damit ihre besondere Verbundenheit. Das galt auch für Landtagsabgeordnete, deren Wirkungskreise und Einflussmöglichkeiten bereits im 19. Jahrhundert ganz maßgeblich auf Kontakten und Netzwerken basierten.

Aufschlussreich ist daher, wer es alles in Kerks Fotoalbum geschafft hat. Von den 81 Porträts lassen sich zwei bislang nicht identifizieren. Die erste

Seite seines Albums hat Kerk drei exponierteren Vertretern der sächsischen Politik vorbehalten. Zu sehen ist ein Foto des sächsischen Kultusministers Karl von Gerber (1823–1891), der einzige Nicht-Parlamentarier in dieser Sammlung. Mit ihm dürfte Kerk im Kontext der Novellierung des sächsischen Volksschulgesetzes in Kontakt gekommen sein – Kerk setzte sich seinerzeit energisch für den Erhalt des Rechts auf sorbischsprachigen Unterricht ein. Hierauf folgen die Visite-Porträts von Ludwig Haberkorn (1811–1901) und Lothar Streit (1823–1898), Präsident bzw. Vizepräsident der II. Kammer.

Haberkorn, der dem sächsischen Parlament bereits seit der Revolution von 1848 angehörte, zählt zu den dienstältesten Abgeordneten in Kerks Album. Sein Fraktionskollege und Landsmann Michał Kokla/Michael Kockel (1840–1922), ebenfalls im Album vertreten, war bis 1918 Mitglied des Landtags. Kerks Fotoalbum dokumentiert somit sieben Jahrzehnte sächsischer Parlamentarismusgeschichte. Alle Abgebildeten waren zur gleichen Zeit wie Handrij Kerk Abgeordnete der II. Kammer, gehörten jedoch verschiedenen Fraktionen an.

Mehr als die Hälfte der von Kerk gesammelten Visite-Porträts stammt von Abgeordneten der konservativen Fraktion (42 Personen). Daneben finden sich Abgeordnete der Fortschrittspartei, der Nationalliberalen, der Freisinnigen Partei sowie der Liberalen. Einerseits spiegelt diese Mischung die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse um 1875/80 relativ gut wider. Andererseits macht sie deutlich, dass sich Handrij Kerk in Dresden vorrangig in politischen Kreisen bewegt zu haben scheint, denen er nahestand. Das waren die sogenannten »Ordnungsparteien«, die ab den 1880er-Jahren zunehmend koalitierten, um sich den Wahlerfolgen der SPD im »roten Königreich« Sachsen entgegenzustellen.

Prominente Ausnahme im Fotoalbum

Die Sozialdemokratie erlebte zu Kerks Zeiten einen beachtlichen Aufstieg. Die Zahl ihrer Abgeordneten in der II. Kammer stieg von einem (1877/78) auf 14 (1893/94). Kerks Album blendet diese Entwicklung jedoch aus. Hier präsentiert sich ausschließlich das konservativ-

liberale Milieu als staatstragende politische Klasse – mit einer einzigen, prominenten Ausnahme: Wilhelm Liebknecht (1826–1900). Er war von 1879 bis 1885 und ein weiteres Mal von 1889 bis 1892 Abgeordneter der II. Kammer. In dieser Zeit müssen sich Kerk und Liebknecht begegnet sein und scheinen, allen politischen Differenzen zum Trotz, miteinander Visite-Porträts ausgetauscht zu haben.

Handrij Kerks Fotoalbum stellt ein beeindruckendes Zeugnis der sächsischen Parlamentsgeschichte dar. Ähnliche Alben sind uns aus einigen Nachlässen anderer Landtagsabgeordneter des 19. und frühen 20. Jahrhunderts bekannt. Sie reflektieren eine Praxis parlamentarischer Selbstvergewisserung und Identitätsstiftung mit dem damals modernen Mittel der Fotografie. Gleichwohl hebt sich Kerks Album durch seinen zeitlichen und numerischen Umfang sowie die besonderen biografischen Hintergründe seines Besitzers von diesen ein ganzes Stück weit ab.

/// Dr. Friedrich Pollack



Dr. Friedrich Pollack

Friedrich Pollack ist Historiker. 2017 wurde er an der Universität Leipzig mit einer Studie zur sorbischen evangelischen Geistlichkeit in Sachsen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert promoviert. Seit 2018 leitet er die Abteilung Kulturwissenschaften am Sorbischen Institut/Serbski institut in Bautzen/Budyšin. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Kultur- und Sozialgeschichte der Sorben.

Plenarsitzungen

25.03. – 26.03.2026

12.05. – 13.05.2026

24.06. – 25.06.2026

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen unter besucherdienst@slt.sachsen.de

Offene Führungen ohne Anmeldungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden

publikation@slt.sachsen.de

www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag) und auf
YouTube: [youtube.com/@SaechsicherLandtag](https://www.youtube.com/@SaechsicherLandtag)

#FAKEIMAGES

Gefahren von Stereotypen erkennen



Bis Mitte März 2026 ist im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die **Ausstellung #Fakeimages** zu sehen. Sie zeigt antisemitische Bilder aus verschiedenen Jahrhunderten mit dem Schwerpunkt auf Propaganda vor und während des Zweiten Weltkriegs.

Bezüge zur Gegenwart sind nicht zu übersehen:
Welche Wirkung haben Propaganda und Bildsprache auf uns?
Welche Techniken zur gezielten Beeinflussung werden eingesetzt?

Das Bürgerfoyer im Neubau ist
Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr geöffnet.



www.fakeimages.be